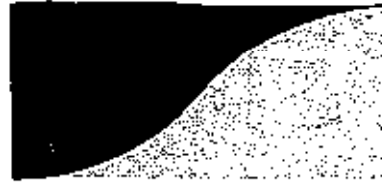


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d



## Inhalt

Hans Böhler MdB zur  
Deutschlandpolitik der  
Union: Rückmarsch in die  
fünfziger Jahre.

Seite 1

Heidemarie Wieczorek-Zeul  
MdB zum heutigen Besuch  
von Kanzler Kohl in Brüssel:  
Neue Amtszeit für Jacques  
Delors befürworten.

Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB zu  
einem verbraucherfreundlichen  
Urteil des Bundesge-  
richtshofes: Wird der Schuld-  
turm geschleift?

Seite 5

Völker Hauff MdB zum 75.  
Geburtstag von Robert  
Jungk: „Ich habe die Geduld  
verloren“.

Seite 8

43. Jahrgang / 89

10. Mai 1988

### Rückmarsch in die fünfziger Jahre

In der Deutschlandpolitik nimmt die Union Abschied von realistischen Positionen

Von Hans Böhler MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

In seiner neuen und jetzt wohl gütigen Form stellt das CDU-Papier zur Deutschlandpolitik einen Rückfall in illusionäre und gefährliche Denkkategorien dar; die Deutschlandpolitik der CDU folgt künftig wieder einer rein nationalstaatlichen Konzeption. Damit stellt sich die CDU in Gegensatz zu den europäischen Nachbarn sowie den Verbündeten. Der innenpolitische Grundkonsens in bestimmten Fragen der Deutschlandpolitik wird aufs Spiel gesetzt und die Möglichkeiten praktischer Deutschlandpolitik werden in einer Weise begrenzt, daß die reale Gefahr des Immobilismus besteht.

Insbesondere die neuen Wiedervereinigungspassagen mit dem Adenauer-Zitat werfen die CDU programmatisch hinter das eigene bisherige Programm, die eigene Regierungspolitik und den Grundlagenvertrag zurück. Mit diesem Programm marschiert die CDU in der Deutschlandpolitik zurück in die 50er Jahre. Der seit der Regierungsübernahme sichtbar gewordene Riß quer durch die CDU wird nicht gekittet, die Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln werden sich immer wieder an praktischen Dingen, die mit dem neuen Programm nicht im Einklang stehen, entzünden. Mit ihrem neuen Programm zeigt die CDU, daß sie trotz gegenteiliger Aussagen eben doch nicht auf dem Boden der abgeschlossenen Verträge steht und sich innerlich bis heute nicht zu der Einsicht durchgerungen hat, daß Deutschlandpolitik nur mit der DDR, nicht aber gegen sie oder ohne sie möglich ist.

Die Wiedervereinigungsklausel bedeutet darüber hinaus die Wiederaufnahme einer rein nationalstaatlichen Konzeption. Dies ist eine ganz unannehmbare Vorwegnahme jeder Form von Selbstbestimmung eines wie auch immer gearteten deutschen Souveräns in völlig einseitiger Weise. Den Deutschen in der DDR wird nur eine Option, nämlich die staatliche Wiedervereinigung in Aussicht gestellt. Dies entspricht nicht unserer Auffassung von freier Selbstbe-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herausgeber: Deutsche  
Friedensbewegung  
Kategorie: Presse



stimmung. In der Konsequenz bedeutet dies, daß zwangsläufig auch die Diskussion um die Grenzen (bis hin zu den Grenzen von 1937) aufs Neue beginnt.

Mit ihrer neuen, eigentlich alten Wiedervereinigungskonzeption stellt sich die CDU gegen den europäischen Einigungsprozeß und gegen den mühsamen, von uns begonnenen Prozeß des Ausgleichs mit den östlichen Nachbarn. In Ost und West wird wieder Mißtrauen gesät; unsere Verbündeten werden überdies einseitig für ein nationalstaatliches Konzept in Anspruch genommen, das ihnen nicht liegt. Es ist fraglich, ob sie die ihnen zugedachte Rolle spielen.

Der innenpolitische Grundkonsens zwischen den großen Parteien in Fragen der Deutschlandpolitik wird durch das neue Programm in Frage gestellt. Wenn in Zukunft statt Politik kleiner Schritte zur Verbesserung der Situation der Menschen aktive Wiedervereinigungspolitik betrieben wird, gefährdet das nicht nur das in den 70er und 80er Jahren mühsam Erreichte, sondern führt zwangsläufig auch zu starken innenpolitischen Auseinandersetzungen. Damit tritt das ein, was Anfang der 70er Jahre schon einmal passierte: Polarisierung.

Der praktischen Politik der Bundesregierung und der Koalition werden durch das neue CDU-Konzept enge Grenzen gesetzt. Es reicht nicht, darauf zu verweisen, daß die praktische Politik das Eine ist und die Programmatik das Andere. Der Kanzler wird es sehr schwer haben, Realpolitik wie bisher zu betreiben und der Außenminister wird sehr bald von den östlichen Nachbarn auf die Grenzfrage angesprochen werden. Konservative Kräfte der Union werden die praktische Politik immer wieder stören. Dieser Zwiespalt wird irgendwann erneut diskutiert werden müssen. Die Überlagerung der Realpolitik durch die neue Programmatik wird bereits jetzt besonders bei der Streichung der Passagen zu den Volkskammer-Kontakten sichtbar. Ohne daß das neue Programm verabschiedet und gültig ist, nimmt die Union schon jetzt Abschied von realistischen Positionen.

Dokumentarischer Anhang: Was aus dem ersten Entwurf wurde

---

Im ersten Entwurf vom 18. Februar 1988 bildete die Deutschlandpolitik das vierte von sechs Kapiteln, im zweiten Entwurf vom 20. April des Jahres bildet die Deutschlandpolitik Kapitel II. Damit soll offenbar der Eindruck relativiert werden, die Deutschlandpolitik sei nur eine Funktion der NATO- beziehungsweise Europapolitik. Im folgenden eine Gegenüberstellung der beiden Entwürfe, die die essentiellen Veränderungen deutlich macht.

### Wiedervereinigung

Der Begriff Wiedervereinigung fehlt im ersten Entwurf, im zweiten findet sich dieses Zitat von Adenauer:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik... auf uns allein gestellt, würden wir nichts erreichen, mit dem Westen vereinigt, würden wir... unsere Freiheit behalten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit im Laufe der Zeit verwirklichen.“

Die Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit wird jetzt zum „Kern der Deutschlandpolitik der CDU“ erklärt, wobei auf die Präambel des Grundgesetzes Bezug genommen wird.

Eine weitere Passage wird wie folgt geändert:

Erster Entwurf: „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland - das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag.“

Zweiter Entwurf: „In einem freien und geeinten Europa die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden - das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag.“

### Rolle der Nachbarstaaten / Teilung Europas

Die umstrittenen Passagen im ersten Entwurf lauteten:

„Die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands setzt eine Überwindung des West-Ost-Konfliktes voraus. Die Lösung der Deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen.“

Diese Passage wurde gestrichen.

Erster Entwurf: „Das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in West und Ost zu erreichen.“

Zweiter Entwurf: „Wir brauchen für die Verwirklichung des Rechts unseres Volkes auf Selbstbestimmung das Verständnis und die Unterstützung unserer Nachbarn. Beides werden wir erreichen, wenn die Lösung der Deutschen Frage in einen europäischen Rahmen eingebettet ist.“

(-/10.5.1988/vo-he/rs)

**Neue Amtszeit für Jacques Delors befürworten**

**Ein Appell an Kanzler Kohl, der heute Brüssel besucht**

**Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird heute in Brüssel mit mehreren Mitgliedern seines Kabinetts Gespräche mit der EG-Kommission führen. Das gibt ihm die Gelegenheit, eine Angelegenheit zu ordnen, die schon lange einer Klärung bedarf und im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik und der gedeihlichen Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit geboten ist. Ich meine die klare Aussage, daß die Bundesregierung den amtierenden Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors für die nächste Amtszeit ab 1989 unterstützt und damit endlich klarstellt, daß sie nicht etwa ernsthaft daran denkt, „aus dem eigenen Stall“ eine Benennung für dieses Spitzenamt vorzunehmen. Denn alle ernsthaften BeobachterInnen der EG-Szene wissen, daß es keine echte Alternative zu Jacques Delors gibt. Auch der Bundeskanzler muß zugeben, daß es nur Argumente für und keins gegen ein Verbleiben Delors in seinem Amt gibt.

Mit Delors nimmt ein Politiker die Aufgabe des Präsidenten der EG-Kommission wahr, der trotz der unübersehbaren Schwierigkeiten der Gemeinschaft das ungetrübte Vertrauen aller Regierungen der EG-Mitgliedstaaten genießt. Delors hat sich nie damit begnügt, die Kommission zu verwalten. Er hat immer wieder - oft auch unbequeme Anstöße gegeben. Man muß ihm dankbar sein, daß er auch ein klares Wort nicht scheut, um die Dinge, die das europäische Einigungswerk blockieren, beim Namen zu nennen.

Das nach ihm benannte Lösungspaket für die drängenden Fragen der künftigen Finanzierung und Ausgabenpolitik der Gemeinschaft hat maßgeblich, ja entscheidend dazu geführt, daß das Schiff der EG wieder bewegungsfähig geworden ist. Wenn 1992 der einheitliche Europäische Binnenmarkt verwirklicht sein wird, ist dies im Wesentlichen ein besonderes Verdienst des Franzosen, der inzwischen ein Symbol des europäischen Einigungsprozesses geworden ist. Deshalb ist es naheliegend und gerecht, wenn Jacques Delors das Werk des Binnenmarktes als Kommissionspräsident vollendet.

(-/10.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**KORREKTUR**

Durch einen Übermittlungsfehler hat sich in dem Artikel „Die Qualität des Rundfunks darf nicht Schaden nehmen“ von Reinhold Kopp, Chef der Staatskanzlei des Saarlandes, (SPD-Pressedienst vom 9. Mai) eine falsche Zahl eingeschlichen. Die ersten beiden Sätze im letzten Absatz müssen korrekt lauten:

Eine Gebührenerhöhung von 2,80 DM wäre ebenso notwendig wie vertretbar. Eine Anhebung von 16 Prozent nach einer Laufzeit von fünfeinhalb Jahren ist auch für die Bürgerinnen und Bürger erträglich.

Wird der Schuldturm geschleift?

Der Bundesgerichtshof hat ein verbraucherfreundliches Urteil gesprochen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind die Verbraucherorganisationen, die SPD-Bundestagsfraktion, verschiedene Oberlandesgerichte bemüht, auf die prekäre Situation von Menschen hinzuweisen, und diese Situation zu beenden, die durch Überschuldung ihrer privaten Haushalte vor dem Ruin stehen. Besonders schlimm waren und sind jene Menschen dran, die zu Zeiten der hohen Zinsen Kredite aufgenommen haben, diese möglicherweise noch einmal umschulden mußten, dann infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung finanziell ins Rutschen gerieten und diese besonders teuren Kredite nicht mehr bedienen konnten.

Nach geltender Gesetzeslage sind viele dieser Menschen so gestellt, daß sie bis an ihr Lebensende für diese Kredite zahlen müssen, möglicherweise ohne je das eigentliche Kreditkapital tilgen zu können, weil sie mit dem Bezahlen der Zinsen, Zinseszinsen und Umschuldungszinsen nie ans Ende kommen. Aufgrund verschiedener rechtstatsächlicher Untersuchungen und eines Forschungsprojektes hat die SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zu dieser Problematik eingebracht; zur Zeit steht die Antwort auf eine Kleine Anfrage aus, in der dieselbe Problematik erneut aufgegriffen wurde.

In dieser Situation ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe besonders hilfreich, das für die Situation der Kreditnehmer/innen von grundsätzlicher Bedeutung ist. Der BGH hat mit seiner Entscheidung einen Mittelweg zwischen verschiedenen Oberlandesgerichtsurteilen beschritten; aber bereits dieser Mittelweg ist eine Verbesserung für die Schuldner. Künftig müssen Schuldner, wenn sie mit ihren Raten in Verzug geraten sind und das Kreditinstitut deshalb den Kredit gekündigt hat, zunächst die vertraglich vereinbarten Zinsen weiter zahlen; dies aber nur so lange, bis sie den Vertrag selbst hätten kündigen können. Das sind in der Regel drei Monate. Nach Ablauf dieser Kündigungsfrist müssen lediglich die marktüblichen Zinsen für Kredite bezahlt werden, wobei „marktüblich“ in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase acht bis zehn Prozent sind; viel weniger also als nach der alten Gesetzeslage nötig war.

Nun wird abzuwarten sein, welche Folgerungen die Verbraucherinnen und Verbraucher aus dem neuen Urteil ziehen, und ob sie vielleicht selbst in größerer Anzahl Klagen einreichen, um aus den alten Knebelverträgen herauszukommen. Die Verbraucherberatungsstellen sind aufgerufen, den Schuldnerinnen und Schuldnern in ihrem Verantwortungsbereich entsprechend hilfreich zur Seite zu stehen. Mit Spannung können wir dann erwarten, ob die Banken, die ihre Bilanzen ja aufgrund von bestimmten Kalkulationen erstellen, die nun teilweise hinfällig geworden sind, entsprechende Wertberichtigungen vornehmen. Außerdem wird es interessant sein zu beobachten, ob die Banken aufgrund des ergangenen Urteils etwa von sich aus bestimmte Kreditverträge, die nach dem Urteil des BGH nicht länger rechtens sind, aufgreifen und bereinigen werden. Dem Image der Teilzahlungsbanken und Kreditvermittler könnte dies nur dienlich sein. (-/10.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

„Ich habe die Geduld verloren“

Robert Jungk zum 75. Geburtstag

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag

„Im Kampf gegen die enthumanisierenden und demokratiefeindlichen Tendenzen der modernen Technik“ - da nimmt Robert Jungk kein Blatt vor den Mund, da kennt er Mut vor Fürstenthronen, da nimmt er Nachteile in Kauf: Im Jahr 1958 kündigt ihm nach jahrelanger Zusammenarbeit die Züricher „Weltwoche“ die Zusammenarbeit auf, weil er sich damals allzu eindeutig beim „Kampf dem Atomtod“ engagiert hatte; damals lernte ich seine Arbeit kennen und seine Zivilcourage schätzen. Knapp 30 Jahre später führt sein in Hanau voller Empörung geprägter Satz „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“ zum Zerwürfnis mit „Bild der Wissenschaft“ und einer Anklage der dortigen Staatsanwaltschaft.

Er ist gewiß kein Mann der Mitte und des Ausgleichs. Die FAZ nannte ihn herablassend „den zornigen alten Mann vom Dienst“. Richtig ist: Er will wachrütteln; er warnt, „damit etwas nicht zustande kommt“. Mancher fragt da mit Kästner: Wo bleibt das Positive? Wer sich Zeit nimmt und nicht an fragwürdigen Formulierungen kleben bleibt, der wird sehr wohl fündig: „Es geht um ein gutes Leben. Darunter verstehen wir vermutlich etwas anderes, als die Herren der NUKEM und die von ihnen mit Schlemmermahlzeiten und Gratis-Bordellbesuchentraktierten Kunden. Gutes Leben, das ist für uns ein Leben in Gerechtigkeit. Gutes Leben, das ist für uns ein Leben in Brüderlichkeit, in Solidarität mit unseren Mitmenschen. Gutes Leben - das heißt für uns sinnvolle schöpferische Arbeit für alle.“

Das sagt ein Mann, vor dessen „aufrechtem Gang“ ich großen Respekt habe. Gewiß kein einfacher Zeitgenosse. Aber einer, der seiner Zeit oft voraus war, der mit seinen Voraussagen öfter recht bekommen hat, als den Schriftgelehrten in den Wissenschaftstempeln lieb sein kann.

Geboren in Berlin am 11. Mai 1913 als Robert Baum. Später übernahm er das Pseudonym Jungk - der Künstlernamen seines Vaters - als seinen Familiennamen. Mit 20 Jahren emigrierte er nach Paris. Die weiteren Stationen des Lebens im Asyl waren: Spanien (1934), Prag (1937), Zürich (1939) und London (1944). Nach dem Krieg beschäftigte sich Jungk vor allem mit zwei Themen. Das eine wurde einer breiten Öffentlichkeit bekannt und hat zu tun mit den Gefahren der Atomkraft - auch für die menschliche Seele; er warnt „vor atomarer Rüstung“ und sieht in der friedlichen Nutzung der Kernenergie „bloß die naive Schwester der militärischen“.

Das andere Thema hat mit der Zukunft zu tun. Für ihn gilt: „Kollektives Phantasieren bedeutet Erneuerung der Welt“. Und da gibt es für ihn auch keine Relativierung. Er organisiert den ersten internationalen Kongreß für Zukunftsforschung in Oslo (1967); er gründet mit die Deutsche Gesellschaft für Zukunftsforschung; er arbeitet im Institut für Zukunftsforschung an der TU Berlin; er gründet mit viel Engagement und eigenem Geld die Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg; er entwickelt das Konzept der „Zukunftswerkstätten“, das im Land Nordrhein-Westfalen an 30 Stellen mit staatlicher Unterstützung experimentell verwirklicht wird.

Er macht all dies, weil er fest davon überzeugt ist: „Wer die Hoffnung auf eine ganz andere Zukunft voreilig aufgibt und ihre Vordenker oder Vorkämpfer als Spinner abtut, ist kein Realist, sondern blind für die Zeichen des Neuen, schwerhörig für die Signale einer anderen Zeit, die jenseits der Übergangsturbulenzen um die Jahrtausendwende eine Epoche humanen und friedlichen Fortschritts heute schon ahnen lassen.“

Bei allem Ärger, das ich auch mit ihm hatte, unser Land wäre sehr viel ärmer ohne Robert Jungk. Ich möchte mit ihm zusammen weiterstreiten: Für einen humanen und friedlichen Fortschritt. Das ist mein Wunsch zum 75. Geburtstag. (-/10.5.1988/vo-he/rs)

\* \* \*